

Antrag

öffentlich

Datum

29.08.2023

Nummer

A0203/23

Absender

Fraktion GRÜNE/future!

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates

Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

14.09.2023

Kurztitel

Digitalisierung in der Sozialverwaltung

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, im Rahmen der erforderlichen zunehmenden Digitalisierung zukünftig in der Sozialverwaltung des Dezernates V eine IT-Infrastruktur zu schaffen, die folgende Punkte ermöglicht:

1. eService für Bürger*innen (digitale Antragsverfahren inklusive Nachreichungen und Veränderungsmöglichkeiten, online Terminvergabe usw.)
2. Antragsbearbeitung über sogenannte „Entscheidersoftware“
3. Persönliche Beratung über Kommunikationsplattformen wie Zoom

Ziel ist es, mit der Unterstützung technischer Lösungen für eine automatisierte Erfassung und später auch der Bescheiderstellung den Alltag in der Sozialverwaltung zu erleichtern und den Bürger*innen einen einfachen und barrierefreien Zugang zu kommunalen Leistungen zu gewährleisten.

Um sofortige Abstimmung wird gebeten.

Begründung:

2022 und 2023 wurden viele sozialpolitische Gesetzesänderungen seitens der Bundesregierung (u.a. Erhöhung Wohn- und Kindergeld, Anhebung Grundfreibetrag etc.) auf den Weg gebracht. Fraglich ist, wann diese, den Bedürftigen zustehenden Sozialleistungen bei denen ankommen, die gegenwärtig durch Mehrkosten aufgrund von Inflation erheblich belastet sind. Diese Leistungen werden derzeit durch die Sozialverwaltung der Stadt Magdeburg mit sehr langen Wartezeiten beschieden und in Folge dessen auch viel zu spät ausgezahlt. Für viele ist das existenzbedrohend.

Häufig erhalten die betroffenen Bürger*innen keine zeitnahe Rückmeldung und können nicht abschätzen, wann ihr Antrag bearbeitet wird und ob dieser überhaupt eingegangen ist. Dies ist auf die Überlastung der Poststelle und der Hotline zurück zu führen, aber auch auf den erheblichen Fachkräftemangel in diesem Bereich.

Dem sich aus dem demographischen Wandel ergebenden Fachkräftemangel stehen immer mehr Leistungsempfänger*innen gegenüber. Mitarbeitende wechseln häufiger ihren Arbeitsplatz und nehmen ihr Fachwissen mit. Der damit verbundene Wissensschwund und die immer komplexer werdenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ein großes Problem.

Aktuell sind viele Stellen im Sozial- und Jugendamt der Landeshauptstadt Magdeburg nicht besetzt. Auch mittelfristig wird es weiterhin schwierig sein, geeignetes Fachpersonal zu finden. Es ist daher zwingend erforderlich verstärkt technische Lösungen im Rahmen der Digitalisierung zu entwickeln und so Mitarbeitende zu entlasten, damit die Sozialverwaltung nicht zu einer „No-go-Area“ für neue Mitarbeitende wird. So können diese für qualifizierte Tätigkeiten eingesetzt werden, für die es keine technischen Lösungen gibt beziehungsweise der direkte Kundenkontakt erforderlich ist.

Zusätzlich zu den genannten Vorteilen dieser Systeme erleichtern die oben genannten Punkte den unbürokratischen und barrierefreien Zugang zu behördlichen Leistungen. Anträge und Änderungsanträge könnten schneller eingereicht und bearbeitet werden. Lange Warte- und Anfahrtszeiten fallen für die Bürger*innen weg.

Eine gezielte und erfolgreiche Digitalisierungsstrategie, die auch die Fachverfahren und deren Besonderheiten, aber auch die Mitarbeitenden miteinbezieht, kann diese Entwicklung stoppen.

Kathrin Natho
Fraktionsvorsitzende

Olaf Meister
Fraktionsvorsitzender